

Transformation und Demokratie

Nachhaltige Transformation – Gute Arbeit – Neue Wirtschaftsdemokratie: Wie geht das zusammen?

Dokumentation

Zur Veranstaltung hatten sich über 200 Teilnehmende angemeldet, bei den Podiumsdiskussionen waren über 150 Personen (bei der ersten) und ca. 120 (bei der zweiten) online dabei. Während der Arbeitsgruppen-Phase waren ca. 130 Personen verteilt auf 6 AGen eingeloggt.

Podium 1 „Sozialökologische Transformation – Herausforderungen für Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltverbände“

Prof. Dr. Claudia Kemfert, dt. Institut für Wirtschaftsforschung, PD Dr. Hans-Jürgen Urban, geschf. Vorstandsmitglied IGM-Metall, Davide Brocchi, Initiative „Tag des guten Lebens“, Köln und Berlin, Dr. Kajsja Borges, Stiftung Arbeit und Umwelt IGBCE, Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE).

Claudia Kemfert fragt wie eine nachhaltige Transformation und demokratische Arbeit zusammengehen können. Aktuelle Projektionen zur Klimakrise gingen von einem Temperaturanstieg von 2,7 bis 3,1 Grad bis 2.100 aus, sofern sich nicht schnell Grundlegendes ändere. Die Wirtschaftskrise durch Corona könne ein Impuls für eine Energiewende und neue dezentrale Ansätze sein. Durch Stärkung regionaler Wertschöpfung, Innovationen und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit kann die Energiewende vorangetrieben werden. Die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien könne zu energiewirtschaftlicher und ökonomischer Resilienz führen und würde damit Regionen unabhängig von externen Schocks machen können. Durch die Erfüllung der Klimaziele können ökonomische Kosten vermieden werden, die durch den Klimawandel entstehen. Es werden die „4 T“ vorgestellt: „Targeted“ ==> konjunkturpolitischer Bedarf, mit Schwerpunkt in der regionalen Wirtschaft. Hier sind Beschäftigungseffekte zu erwarten, welche Regionen können profitieren und in welchem Umfang? „Timely“, d.h. es komme auf eine kurzfristige Umsetzbarkeit an. Welcher Planungsbedarf ergibt sich daraus, wie schnell kann es zur Umsetzung kommen? Für „Temporary“ ist die Dauer der fiskalischen Belastung bedeutsam. „Transformative“ fragt nach der Bedeutung für den Klimaschutz und für den Umweltschutz und nach den Verteilungseffekten. Es könne durch effektiven Klimaschutz „Wohlstand für alle“ generiert werden.

Von den 138 Mrd. € setzten nur 33% grüne Impulse für die Wirtschaft. Für die Industrie müsse es Sonderabschreibungen geben für Investitionen in Energieeffizienz und für die Förderung klimaschonender Technologien – „Carbon Contracts for Difference“ (DIW).

Perspektivisch wichtig seien: (a) die Kommunen als zentrale Akteure des digitalen dezentralen Energiesystems, (b) Wertschöpfung, Wirtschaften in der Region, (c) für den Rettungsschirm müsse gelten: don't waste the crisis. Dazu stehen die „4 D“: Dekarbonisierung mit dem Ausbau der EE, einer Wärmewende und einer Verkehrswende; Digitalisierung mit „smart grids“, smarterer Mobilität und Homeoffice; Dezentralisierung mit der Stärkung kommunaler Akteure; und Demokratisierung mit Partizipation, Akzeptanz und guter Arbeit. Wandel ist Chance.

Hans-Jürgen Urban beginnt mit der Frage, was die Gewerkschaften zu einem Prozess in Richtung auf Transformation und Demokratie beitragen könnten. Dies werde ein hochexplosiver, konfliktträchtiger Prozess. Die Gewerkschaften hätten es schwer, darin Treiber zu sein. Sie liefen Gefahr, in Zielkonflikte hineinzulaufen, weil vieles zu Lasten der abhängig Beschäftigten zu gehen drohe. Es bedürfe auf Seiten derer, die eine Transformation voranzubringen suchten, der Toleranz für unterschiedliche Interessen. Statt um Arbeitsplatzgarantien (USA) muss es um Beschäftigungssicherung gehen (BRD). Die aber müssten glaubwürdig sein.

Es gelte, Transformationskonflikte als gesellschaftliche Aufgabe anzusehen. Stahl z.B. wasserstoffbasiert, also klimafreundlich zu produzieren, erfordere Investitionen in Mrd., die von deutschen Stahlkonzernen einzelwirtschaftlich nicht aufzubringen seien. Wo aber wird öffentlich diskutiert, ob und wie dazu öffentliche Mittel aufgebracht werden? Er plädiert dafür, Orte zu schaffen, an denen derartige Debatten geführt werden können.

Davide Brocchi berichtet, dass er in Projekte vor Ort initiiert habe, in denen es darum gehe Leute in Bezug auf Nachhaltigkeitsfragen anzusprechen. Er fragt, wie unsere Städte aussehen werden, wenn die Bürger*innen sie selbst gestalten? Sei dann ein ganzes Quartier Auto-frei, gebe es Nachbarschaftsbündnisse und die Schaffung von Freiräumen. Es gehe hier um Transformation als Lernprozess auf geeigneten „Spielwiesen“. In Köln versuchten sie das seit 2013 (ca. 30 Straßenzüge, mehrere 10.000 Bürger*innen).

Dann gehe es konkret darum, wie sie unterschiedliche Interessen dazu brächten, miteinander zu kommunizieren. Es gelte gegen die Bewegungen des Misstrauens (AFD, Trump) Vertrauen zu schaffen. Dazu müsse man lokal ansetzen. Corona werde da zum Problem wegen der Grenzen digitaler Kommunikation; denn man versuche ja, dort mit Transformation zu beginnen, wo die Menschen miteinander interagieren. Es gehe um Selbstorganisation der Bürger*innen, Veränderung des Verhältnisses zwischen ihnen und bestehenden Institutionen. Demokratisierung des Nachhaltigkeitsprozesses bedeute dann Public-Citizen-Partnership statt Public-Private- Partnership.

Kasja Borgas meint, dass übergreifende Diskussionen wie diese hier immer wichtiger würden. Technologieentwicklung sei in diesem Zusammenhang wichtig. Viele Technologien, die wir brauchen, seien aber noch nicht reif. Wir könnten durch sie Industrie und Industriebeschäftigung halten und dadurch soziale Konflikte vermeiden. Geschehe das nicht, würden Unsicherheit und soziale Konflikte weiter anwachsen. Der Staat hätte die Aufgabe durch Koordination und Zentralisierung für Leistungsgerechtigkeit zu sorgen,

Ausbildungskonzepte bereit zu stellen, er hätte die zentrale Verantwortung für die Energiewende.

Marc-Oliver Pahl beschreibt den RNE. Zitat von der Homepage des RNE: „2001 rief der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder den Rat für Nachhaltige Entwicklung ins Leben. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den RNE alle drei bis vier Jahre, zuletzt 2020, erneut berufen. Seit 2016 gibt es zudem vier “Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien”, kurz RENN, die Akteure und Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort vernetzen. Eine der Kernaufgaben des RNE ist es, die Bundesregierung bei der Fortentwicklung einer wirksamen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu unterstützen. Dabei dient die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als Grundlage für gesellschaftliche Debatten über die richtigen Maßnahmen. Oft tritt der RNE als kritischer Mahner auf. Aktuell schreibt er: „Der Rat hält [...] eine schonungslose Analyse, warum viele Ziele bisher verfehlt werden, für erforderlich. Dieser Analyse muss ein unmittelbares und zielgerichtetes Nachsteuern folgen.“ In zentralen Politikfeldern sei es notwendig, eine grundlegende Transformation einzuleiten. (<https://www.nachhaltigkeitsrat.de/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie/>)

Mit dem Aufbau- und Resilienzplan der EU mit dem Titel „Next Generation EU¹“ in Höhe von 750 Mrd. Euro und dessen größtem Ausgabeninstrument – der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) mit einem Volumen von 672,5 Mrd. Euro – wurde der Grundstein gelegt, um gemeinsam gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Allerdings fehle hier ein Kompass zur Beurteilung der Auswirkungen auf den Klimawandel und auf die nachhaltige Transformation.

Zu den Transformationskonflikten sei anzumerken, dass ca. 3% der Bevölkerung zu denen gehören, die alles blockieren. Es gebe aber auch viele, die ernsthafte und nachvollziehbare Sorgen und Bedenken hätten. Hier muss gut kommuniziert werden, es müssen konstruktive Lösungen gefunden werden. Die kommunale Ebene sei dafür gut geeignet. Für eine Transformation müssen 100% mitgenommen werden.

Von guten Beispielen aus NRW berichtet Marc Oliver Pahl, dass es dort gelungen sei, mit dem DGB in die Betriebe zu gehen, Konflikte habe es in der Schwerindustrie gegeben. Wichtig sei die Implementierung von neuen Technologien, viele Innovationen gebe es schon. Die Mitarbeitenden müssen mit einbezogen werden.

Im RNE sind auch Mitglieder aus der Wirtschaft, Saori Dubourg, Vorstandsmitglied der BASF SE, und der Vorsitzende Dr. Werner Schnappauf, Hauptgeschäftsführer BDI a.D., vertreten, die dafür eintreten, dass ein Transformationsgipfel mit Unternehmen und anderen Akteuren einberufen werden müsse. Es müsse langfristige stabile Orientierungen für Betriebe und Beschäftigte geben, damit auch die richtigen Qualifikationen für die Auszubildenden aufgebaut werden können. Neue Wege müssen gegangen werden.

¹ https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/covid_recovery_factsheet_reform_de.pdf

Claudia Kemfert meint, es sei genauer zu definieren, was unter sozial-ökologischer Transformation verstanden werden solle. Dann könne man fragen, was unterschiedliche Akteure dazu einbringen könnten. Jedenfalls gehe es bei einer sozial-ökologischen Transformation sowohl um Klima- als auch um Beschäftigungseffekte. Weiter seien das Gewicht der gesellschaftlichen Akteure und das des Marktes zu klären. Und dann gehe es darum, wechselseitiges Lernen zu fördern. Gewerkschaften wie auch Ansätze vor Ort seien sehr wichtig². Die Debatte um „Arbeitszeit“ sei wieder zu führen.

Kasja Borgas geht auf den Aspekt der Bildung ein. Das deutsche Duale System werde im europäischen Ausland Wert geschätzt. Wenn aber ganze Branchen verschwänden, reiche auch das nicht. Man könne schon jetzt sehen, dass man da neue Kooperationen benötige und ebenso Initiativrechte für die Betriebsräte: Ein weiterer wichtiger Punkt aus ihrer Sicht Transformationsfähigkeit der Beschäftigten, die vermittelt werden müsste.

Hans-Jürgen Urban konstatiert, dass nur eine Beschäftigungsgarantie eine realistische Perspektive eröffnen könne; aber welche Erfahrungen hätten wir damit? Ein weiteres wichtiges Thema sei das der Reduzierung von Arbeitszeit. Bei der Frage der (Weiter)Qualifizierung sei die entscheidende Frage die nach den Schlüsselqualifikationen. In den Unternehmen mangle es da angesichts unsicherer Perspektiven an Planung. Zudem seien viele Umstellungsprozesse mit massiven Dequalifizierungen verbunden. Also müssten wir uns der Beeinflussung von Produktentwicklung und –Gestaltung zuwenden. Und dann wären sicherlich die Kommunen Orte der Gestaltung. Industriepolitisch wäre das aber vor allem die Region. Da gehe es um Transformationscluster, aber auch um neue Gremien und die Herstellung von Öffentlichkeit. Regionale Wirtschaftsdemokratie, in deren Prozessen Konflikte gelöst werden und Entwicklungsblockaden verhindert werden könnten.

Davide Brocchi stimmt den Ausführungen von H.-J. Urban in Bezug auf die Regionen zu, bringt aber auch das Stichwort einer kommunalen Wirtschaftsdemokratie ein. Weiter betont er, dass es zum einen um wachsende soziale Ungleichheit zwischen oben und unten gehe – die als soziale Entmischung in der Stadt sichtbar werde, zum anderen aber auch um das Spannungsverhältnis zwischen Privatwesen und Gemeinwesen. Lösungen könnten im Übrigen nicht darin bestehen, immer weiter zu wachsen und dann immer wieder umzuverteilen. Es gehe auch um „Selbstversorgung“ vs. „Fremdversorgung“, um eine Ökonomie der Nähe. Bildung sei mehr als Ausbildung, auf die Selbstwirksamkeit komme es an. Es geht auch um „Zuhören“ statt „Reden“.

Marc Oliver Pahl richtet den Blick auf Börsenreaktionen bei Entlassungen, die Aktien steigen, wenn in großem Stil Beschäftigte entlassen werden. Hier müsse gegen gesteuert werden. Die EU-Green-Deal – Strategie müsse verbindlich in Unternehmen aufgenommen werden. Es müssten entsprechende Bilanzierungsregelungen geschaffen werden. Die Ansätze der Gemeinwohlökonomie seien wohl eher für kleinere Betriebe umsetzbar.

² *Quellenhinweis:* <http://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/akzeptanz-und-lokale-teilhabe-in-der-energiewende>

(Reaktion auf die Diskussion im Chat). Eine wichtige Rolle spielen aber auch die Konsument*innen, hier können wichtige Impulse gesetzt werden.

Podium 2 „Neue Allianzen! – Handlungsansätze von Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft“

Prof. Dr. Klaus Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Prof. Dr. Melanie Jaeger-Erben, TU Berlin; Birgit Dietze, Bezirksleiterin der IGMetall Berlin-Brandenburg-Sachsen; Annika Hombücher, Fridays for Future; Dr. Marc Oliver Pahl, RNE; Michael Fischer, ver.di

Klaus Dörre berichtet, er habe im Mai 2019 auf einer Studierenden-Vollversammlung der Uni-Leipzig rhetorisch gefragt, ob die Anwesenden sich Nachhaltigkeit in einer kapitalistischen Gesellschaft vorstellen könnten. Die Antwort sei ein vielhundertfaches Nein gewesen. Dann habe er erklärt, dass eine Sozialisierung der Carbon-Konzerne erforderlich sei – und tosenden Beifall erhalten. Star der Veranstaltung sei aber der BRV der kommunalen Nahverkehrsbetriebe Leipzig gewesen. Der habe die auf der Versammlung erhobene Forderung nach kostenloser Nutzung des ÖPNV unterstützt, aber erklärt, dann müsse man die soziale Absicherung der Beschäftigten gewährleisten. Im Anschluss haben sich „Students for Future“ gegründet. Das Beispiel sei exemplarisch für neue Allianzen.

Wir befinden uns in einer ökologisch-ökonomischen Zangenkrise: *„Zangenkrise besagt, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung interner Konflikte im Kapitalismus, die Generierung von Wirtschaftswachstum, unter Status-quo-Bedingungen (hoher Emissionsausstoß, ressourcen- und energieintensive Produktion auf fossiler Grundlage) ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend wirkt. Bleibt das Wirtschaftswachstum hingegen aus oder bleiben die Zuwachsraten gering, nehmen Armut, Ungleichheit und Prekarität zu. Der Zangengriff von Ökonomie und Ökologie markiert die eigentliche Krise, die ungelöst hinter der Corona-Pandemie lauert.“*³

Zugleich schrumpfe das verfügbare Zeitbudget zum Umsteuern. Optimisten rechneten von 2015 an noch ca. 50 Jahre. Fridays for Future gehe ab 2020 von noch 8-9 Jahren aus. Wer Lösungswege suche, müsse ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammendenken. (OFXfam kritisiert, dass die Einsparung von CO₂-Emissionen seit 1990 (25%) auf Kosten des unteren Teils der Gesellschaft erreicht worden seien⁴.)

³ Zitat aus Dörre u.a. „Abschied von Kohle und Auto?“, Frankfurt a.M. 2020, S. 13

⁴ Die gesamte CO₂-Einsparleistung in der EU zwischen 1990 und 2015 ist Bürger*innen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zuzuordnen. Die reichsten zehn Prozent der Europäer*innen hingegen haben ihren CO₂-Ausstoß gesteigert. Rund ein Drittel (32 Prozent) dieser Emissionen der reichsten EU-Bürger*innen gehen auf das Konto von deutschen Gutverdiener*innen. Das geht aus dem Bericht „Confronting Carbon Inequality in the European Union“ der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam hervor. Mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen zu den EU-Klimazielen und des Green Deal-Gesetzespakets zur Bewältigung der COVID-19-Krise fordert Oxfam, den Fokus auf Klimaschutz und die Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit zu legen. Pressemitteilung vom 8. Dezember 2020

Wenn die Forderung nach öko-sozialer Transformation hegemonial werden sollte, müsste die alte Konfliktachse Kapital-Arbeit im Kontext der Ökologie gesehen werden (Beispiel Abwrack-Prämie, Beispiel Braunkohle/Lausitz – da redeten die Lager nicht mehr miteinander.)

Es gehe um den Abschied von der Kohle und vom Auto. Neue Allianzen erforderten dann einen Labour-Turn bei den Ökologen und einen Climate-Turn bei den Gewerkschaften. Man müsse mit dem Gemeinsamen beginnen. Bündnisse entstünden nicht einfach von oben, sie müssten von unten unterfüttert werden. Auch das gegenwärtige Parteienspektrum könne das nicht von oben her anschieben. Im Übrigen benötige man auch neue Institutionen wie Nachhaltigkeitsräte. In neuen Bündnissen und in kleinen Schritten sollten Erfahrungen gesammelt und Kooperationen erfolgreich erprobt werden.

Melanie Jaeger-Erben schließt mit einem recht kurzen Statement an: Als Einzelner könne man nichts ändern. Es gehe ums Zusammenhandeln. Aber auch sich in Gruppen zusammen zu tun genüge nicht. Es bedürfe eines übergreifenden politischen Handelns.

Birgit Dietze erklärt, Klaus Dörre habe die Herausforderungen überzeugend dargelegt. Auch das Zeitfenster sei richtig beschrieben; nur sei das den Menschen nicht gegenwärtig.

Für die Gewerkschaften sei die Ökologie eine neue Dimension. Und für die gelte, dass die bestehenden Mitbestimmungsrechte da längst nicht weit genug reichten. Zudem verstärke die Deregulierung der Kapitalmärkte die Probleme noch. Dynamik von unten sei da wichtig. Es gelte, die Dringlichkeit des Handelns bewusst zu machen und praktische Wege aufzuzeigen. Sonst laufe uns die Zeit weg. Unternehmen bräuchten Innovationen und Investitionen, wobei nicht klar ist wie sich das rechnen solle. Gewerkschaften müssten zeigen, wo „der Einzelne“ bleibt, wenn sie die Ökologischen Themen ansprechen.

Annika Hombücher knüpft da an. Sie berichtet von mehreren Projekten in Berlin. Fridays for Future versuche eine Vernetzung mit Berliner Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall herzustellen. Sie nennt dazu Beispiele (u.a. auch ein Projekt mit den Stahlarbeitern in Frankfurt/Oder). Sie lernten jetzt gerade in solchen Netzen, was sie alles gemeinsam schaffen könnten. Ihr Input endet mit dem Satz: Wir stehen zueinander, nicht gegeneinander.

Michael Fischer beginnt mit der Feststellung, dass ver.di nicht nur den ÖPNV organisiere. Sie hätten auch die Beschäftigten der Energieversorger, der Flughäfen, die Beschäftigten der Fluggesellschaften usw. Ver di sei also ziemlich bunt. Bei den Protesten im Hambacher Forst hätten ver.di-Fahnen auf beiden Seiten geweht.

<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2020-12-08-klimaschutz-gering-durchschnittsverdienende-reduzieren>

Sie hätten aber auch gute Erfahrungen mit Dialogen gemacht. Bei der ÖPNV-Tarifrunde⁵ gab es ein breites Bündnis zur Unterstützung vor Ort. Mit dabei waren BUND, BUNDjugend, Attac, FFF, VCD, Changing Cities, Naturfreunde Deutschland, campact.

Der ÖPNV sei Teil der Lösungen, der Flugverkehr nicht. Aber statt um Arbeitsplatzverlust müsse es um Beschäftigungssicherung gehen, wie auch schon Hans-Jürgen Urban gesagt hatte. Es müssen neue Perspektiven erarbeitet werden mit Qualifizierungsangeboten, dafür müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, auch für öffentliche Innovationen. Mittel zur Gestaltung der Transformation müssen zur Verfügung gestellt werden.

Marc-Oliver Pahl argumentiert, so wie es bei ver.di ein sehr breites Spektrum gebe, so sei das auch bei den politischen Parteien. Ein gewisser gesellschaftlicher Druck sei da sicher sinnvoll. Und der RNE wolle den Klimaschutz weit nach vorne stellen. Aber es gelte dann, die Menschen mit ihren Sorgen (berechtigt oder weniger berechtigt) mitzunehmen. Wie bekommen wir die Transformation sozial ausgewogen hin? Die EEG-Umlage sei keine befriedigende Lösung. Die Energiewende steht auch im globalen Wettbewerb, dazu müsse die EU einen „Außenschutz“ aufbauen z.B. durch eine Abgabenregelung, die dazu beitragen könnte, den globalen Druck abzubauen. Das deutsche Klimaschutzgesetz reicht noch nicht aus, um die Paris-Ziele erreichen zu können. Er ermuntert die Teilnehmenden, diesen Weg der neuen Allianzen weiterzugehen, es seien viele gute Ansätze in dieser Tagung erkennbar. Aber man sollte auch darüber nachdenken, ob man zu solchen Tagungen nicht auch mal Wirtschaftsvertreter einlade. Manchen darunter würden die Veranstalter das zu Recht nicht zutrauen, aber es gebe auch andere. Denn, wenn man alles im Widerstand gegen die real existierende Wirtschaft unternehmen wolle, wäre das ein besonders großer Aufwand. Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle, Gelder aus dem Strukturwandelgesetz solle klug eingesetzt werden, Städte und Gemeinden seien für neue Perspektiven und Strukturen zu gewinnen. Für Betroffene vom Automotor-Sektor und aus der Schwerindustrie müssten lokale Lösungen erarbeitet werden. Hier müssten die Prozesse gestartet werden.

Argumente aus der Diskussion

Klaus Dörre hält „Neue Wirtschaftsdemokratie“ ausdrücklich für ein wichtiges Thema. Es gehe um eine Umverteilung von Entscheidungsmacht, denn: besser als einen SUV nicht zu kaufen oder nicht zu fahren sei es, ihn gar nicht erst zu bauen. Es reiche nicht aus, für Produkt-Entscheidungen die bestehende Mitbestimmung ein wenig zu erweitern. Es gehe vielmehr darum, eine konservierende Mitbestimmung aufzubrechen, interner Korporatismus reiche nicht mehr. Entscheidungsmacht müsse neu verteilt werden. Die Zivilgesellschaft müssen Einfluss nehmen auf Produkt-Innovationen und Investitionsentscheidungen. Denn Gewerkschaften haben keinen Einfluss auf Innovations- oder Investitionsentscheidungen. Nach 2008 habe es erste Debatten um einen Grünen New Deal gegeben. Aber das sei schnell wieder vorbei gewesen.

⁵ <http://oepnvbrauchtukunft.de/> und <https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/++co++ada6f620-cc27-11ea-88bd-525400b665de>

Gegenwärtig gebe es ja im Grunde gute Ansätze. Mit jedem Euro Rettungsgeld könne man doch auch Fonds schaffen und so kollektives Selbsteigentum fördern. Es gelte Politikansätze zu entwickeln, um Kooperationsansätze zu erweitern. In Thüringen gebe es 62.000 Beschäftigte in der Automobilzulieferindustrie. Die können nur überleben mit gestärkter Kooperation in der Konkurrenz.

Nischen für alternative Produktionsformen sollten gefördert werden, solidarische Ökonomien, Genossenschaften. Der Staat wird überall gebraucht, für den Aufbau erforderlicher Infrastrukturen zur Digitalisierung, zur E-Mobilität. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt für gesellschaftliche Kontrolle, Europa stellt sehr viel Geld zur Verfügung, es gibt aber vor Ort keine Kontrolle, ob das im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation oder i.S. des Green New Deal eingesetzt wird.

Es gehe also darum, Alternativansätze zu entwickeln. Und wenn man sich ansehe, was der Staat tun müsse, um neue Perspektiven zu eröffnen, dann schreie das geradezu nach Demokratisierung der Wirtschaft. Warum gibt es in Europa keine Modell-Region für nachhaltige Mobilität?

Melanie Jaeger-Erben zurzeit sei die „Circular Economy“ – Debatte sehr wichtig, wird politisch stark gefördert, viele Akteure sind dabei. Hier müssen die sozialen Aspekte eingebracht werden, die Gemeinschaftsarbeit müsse mitbedacht werden, eine „Circular society“ könne ergänzt werden, auch Eigenarbeit und Sorgearbeit. (Anm. PPL: „Das Ganze der Arbeit“ vgl. Adelheid Besecker). Neue Schlagworte hier: „Common space peer production“ und „Prosumenten-Bewegungen“. Eine andere Arbeitspolitik sei nötig.

Birgit Dietze es müssten die Schlupflöcher geschlossen werden, wenn wegen der CO₂-Kosten Unternehmen in andere Länder ausweichen wollen. Betriebsräte müssten Informationsrechte erhalten. Der Zwang zu ökologischen Auflagen ist eine weltweite Herausforderung, Standorte geraten unter Druck. Ungeklärt ist auch, was mit den „Gewinnen“ gemacht wird, hier könnte Beschäftigungsabsicherung erfolgen über einen Fonds, in den ein Teil der Gewinnen eingezahlt werden müsste, und über den Zukunftskonzepte finanziert werden könnten. Über die Verwendung eines derartigen Innovationsfonds müsse gemeinsam entschieden werden.

Start-ups müssten abgesichert werden, diese werden derzeit von großen Unternehmen übernommen oder gehen Pleite.

Michael Fischer erklärt zu dem Punkt von Klaus Dörre zu den alternativen Produktionsformen, dass die Eigentumsform allein noch nicht den Unterschied mache. Es gebe genug Erfahrungen mit Genossenschaften, die sich von anderen Unternehmen nicht unterscheiden.

Vor allem aber gebe es, so führt er als zusätzlichen Gesichtspunkt ein, die ungelösten Probleme auf den Finanzmärkten. Gewinnabschöpfung sei dringlich. Die öffentliche Vergabe müsse an Tariftreue und an ökologische Kriterien gebunden werden.

Marc-Oliver Pahl stimmt der These von einer Vorbildfunktion der öffentlichen Hand zu. Aber leider sei das auch ein sehr schwieriges Feld. Das Vergabegesetz sei vom EGH als rechtswidrig angesehen worden. Die SPD habe das in NRW verbessert, die schwarz-gelbe Regierung dann aber wieder ausgehebelt.

Auch der Mobilitätssektor sei äußerst wichtig. Hier teilt er ausdrücklich die Ausführungen von Klaus Dörre. Aber es sei noch wenig geschehen. Sharing-Modelle und autonome Autos eröffneten neue Zukunftsoptionen. Wer hat dann den Zugang? Die Frage sei, ob man da neue regionale gemeinwirtschaftliche Betreibermodelle entwickeln könne. Es sei aber auch möglich, dass am Ende Tesla das Geschäft mache. Daher sollten neue Allianzen gebildet werden, rechtliche Bedingungen geschaffen werden. Er hofft, dass wir mit dieser Tagung Allianzen verstärkt haben, um in diese Richtung gehen zu können.

Klaus Dörre betont, dass man die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nüchtern sehen müsse und verweist auf die Zunahme sozialer Ungleichheit auch bei uns, Verteilungskonflikte sind zu beobachten. Dass Deutschland die Klimaschutzziele in 2020 erreicht habe, ist zu 1/3 der Pandemie anzurechnen. Das SDG 1 – „Armut in allen ihren Formen und überall beenden“ – wird weit verfehlt.

Die „Davos“ – Treffen seien inzwischen genötigt, sich auf diese Konfliktlinien zu beziehen, die sozial-ökologischen Ziele zu berücksichtigen. Auch seien die Bemerkungen des konservativen Bundestagspräsidenten Schäuble zu Nachhaltigkeit als Ziel zum Zeitpunkt der Übernahme des deutschen Ratsvorsitzes in der EU schon bemerkenswert gewesen - auch wenn der letztlich nur an eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft denke.

Starke Allianzen müssen gebildet werden, auch mit progressiven Unternehmen. Die Nachhaltigkeitsziele müssen stärker verankert werden, die Alternativen müssten deutlich werden.

Die Diskussion endet mit einem Hinweis auf Naomi Kleins Aufforderung, den Kapitalismus doch mal bezgl. der Status-Garantien auf die Probe zu stellen. Man müsse also aussprechen was nötig sei; dann fordern, dass Nachhaltigkeitsziele ins Grundgesetz aufgenommen werden und auch in die EU-Verträge; und dann gelte es weiter in Betriebsvereinbarungen konkrete Schritte anzugehen, zu versuchen Alternativen sichtbar zu machen. Wir müssen konfliktfähig sein! (werden!).

Hinweis: Aufzeichnung der Podiumsdiskussionen:

Auftaktdiskussion: <https://vimeo.com/507999136>

Abschlussdiskussion: <https://vimeo.com/508016624>

Arbeitsgruppen

AG 1 – Betriebliche Herausforderungen der Transformation

Input: (KM) Klaus Mertens, Referent des Betriebsrats, ZF Friedrichshafen AG, Schweinfurt; (GH) Gerd Hofielen, Initiative Gemeinwohl-Ökonomie; (MK) Miriam Klöpfer (Karlsruhe, Informatik, aber auch Projekt bei der Böckler-Stiftung)

Moderation: Dieter Scholz und Christian Scholz Alvarado, Forum Neue Politik der Arbeit

Protokoll: Dr. Sabine Heymann, RENNmitte

In der Arbeitsgruppe werden die betrieblichen Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation diskutiert. Welchen Einfluss können Beschäftigte, betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften ausüben? Welche demokratischen Strukturen für sozialökologische Innovationen und Prozesse braucht es incl. der Kooperation zwischen Interessenvertretungen und Wissenschaft?

Kernthesen

(GH) Die Transformation von Unternehmen macht die Änderung des Geschäftsmodells erforderlich, mit weniger Orientierung an Wachstum und Profit als an Effizienz und Suffizienz in einem entsprechendem Werterahmen. Auch eine Änderung der Kernprodukte und -prozesse ist erforderlich, mit den entsprechenden Beteiligungsprozessen und der Wahrung von Transparenz unternehmerischer Entscheidungen. Dennoch bleibt die wirtschaftliche Ertragsfähigkeit relevant.

(MK) Für die digitale Transformation in Unternehmen braucht es den Schutz vor Datenausbeutung, die öffentliche Bereitstellung von Wissen und eine Algorithmusethik.

(KM) Der Prozess der Transformation und nicht das wünschenswerte Endergebnis kommunizieren. Das maximal wünschenswerte Endergebnis ist kaum vermittelbar. Um als Gewerkschaften nur nützliche Produkte / Prozesse zu unterstützen, braucht es soziokulturelle Änderungsprozesse. Die Veränderungsbereitschaft steht und fällt mit dem Sicherheitsgefühl und -bedarf. Um dies positiv zu beeinflussen braucht es die positive, massentaugliche Veränderungsvision.

(GH) Ethisches Ziel der Transformation soll sein: Schade niemandem und nutze vielen = Mehrwert für alle und nicht nur für den Mitarbeitenden Das Prinzip ARBEIT.MACHT.SINN ist durch Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmerschaft über das Werktor hinaus umzusetzen.

(KM) Vielleicht sind 10% für und 10% gegen die Transformation. Sicher ist aber, dass ein großer „Rest“ keine Vorstellung von der Transformation hat.

Kontroversen

Die Angst um den Arbeitsplatz und eigene Zukunft ist keine gute Grundlage für eine öffentliche Diskussion für Transformation (Vgl. Studie zum Wegfall von tausenden Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie).

Das Narrativ, dass man 1:1 zu E-Mobilität wechseln kann, blendet die Transformation im Verkehrsbereich völlig aus. So entspricht die Angst des Einzelnen der Verweigerungshaltung der Großen.

Veränderungen laufen immer schneller, so dass sie für den Einzelnen kaum nachvollziehbar sind, besonders da mit dem Alter allgemein die Veränderungsbereitschaft sinkt. Über zu viele Kanäle strömen Informationen auf Gewerkschaften und die Arbeitnehmer:innen ein, dies erschwert die dafür erforderliche Kommunikation.

Mit der Angst, dass Veränderung immer nur mit Nachteil verbunden ist, wächst der Verteidigungswunsch der bestehenden Systeme, auch durch die Arbeitnehmer:innen. Sind Gewerkschaften heute wirklich nur Arbeitsplatzsicherer? Geht es um die Arbeitsplatzsicherung oder um die Sicherung einer sinnvollen Arbeit gleich an welchem Platz?

Lösungsansätze

(GH) Es müssen die Perspektiven in der Veränderung aufgezeigt und zugleich Vertrauen aufgebaut werden. Dazu braucht es die Transparenz unternehmerischer Entscheidungen. Gemeinwohlökonomie-Unternehmen sind hier beispielgebend.

Es ist ein Raum für den Veränderungsdiskurs zu schaffen. Betriebsversammlungen, Betriebsvereinbarung, mitbestimmter Aufsichtsrat haben dann nicht vorrangig den Erhalt des Arbeitsplatzes, sondern die Entwicklung sinnvoller Arbeit mit nützlichen Produkten im Blick. Die Veränderung muss dabei in eine Umstrukturierung der Unternehmenskultur eingebettet sein, die nicht auf Ausschüttung, sondern auf Verantwortung, Effizienz, Suffizienz ausgerichtet ist.

Veränderungspromotoren, sowohl in den hauptamtlichen als auch in den ehrenamtlichen Strukturen der Gewerkschaften, sollten auch die mitnehmen, die sich abgehängt fühlen, aus Angst, aus Bildungsferne. Die Frage „Was habe ich davon, mich zu verändern?“ ist mit der „Geschichte guten Lebens“ massentauglich zu beantworten.

(GH) Gemeinwohlunternehmen können Denkanstöße für traditionelle Unternehmen geben, um Veränderungs- und Mitwirkungswillen zu stärken. Um von „unserem“ Produkt und „unserem“ Unternehmen sprechen zu können, muss man Beteiligung, Mitwirkung und letztlich Weiterbildung fördern. Es ist der „Produzentenstolz“ im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken.

(MK) Auch die Digitalisierung braucht Mitwirkung: nur ein mitbestimmter, fairer und sozialer Algorithmus schafft Vertrauen in die Rolle der Digitalisierung für ein nachhaltiges Unternehmen. Die Digitalisierung ermöglicht aber auch Mitwirkung: Wissen kann weiter verbreitet werden und neue Akteure können leichter eingebunden werden.

(KM) Es ist die einzelbetriebliche Sicht aufzulösen und die Sicht auf den Wirtschaftskreislauf durch Gewerkschaften aufnehmen. Nachhaltigkeitsallianzen, wie in Niedersachsen, sind ein Beispiel dafür. Das Wechselspiel zwischen überregionaler Perspektive und regionalen Bedürfnissen ist auch durch Gewerkschaften zu übersetzen und auszuhandeln.

Es braucht das „Raus aus der Gewerkschaftsblase“, um die Arbeitnehmer:innen von der betrieblichen in die regionale / Welt-Perspektive zu holen. Durch die Kooperation mit Ernährungs- / Regional- / Nachhaltigkeitsräten wird man zur Mitwirkenden nachhaltiger Entwicklung. Neben den

hauptberuflichen Gewerkschaftern sollten sich auch die Ehrenamtlichen in regionalen Verbänden engagieren, darauf müssen sie deutlich hingewiesen werden.

Schon die Berufsbildung ist auf Mitwirkung und Produktverantwortung sowie Kommunikation auszurichten. Veränderung und Mitwirkung muss hier schon geübt werden.

AG 2 – Globale Wertschöpfungsketten, soziales und ökologisches Upgrading

Input: Prof. Dr. Christina Teipen⁶, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; Uwe Wötzel, ver.di; Dr. Miriam Saage-Maaß, European Center for Constitutional and Human Rights.

Moderation: Johanna Lauber, Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, TU Berlin

Protokoll: Nadine Baumann, RENN.mitte

Wie können gute Arbeit und nachhaltige Transformation mit Fokus auf globale Wertschöpfungsketten und angesichts globaler Machtverhältnisse realisiert werden? Wie können globale Lieferketten sozialökologisches Upgrading bewirken und damit eine nachhaltige Transformation voranbringen? Wie kann ein solcher Prozess demokratisch organisiert werden und welche Rolle spielen dabei Kooperationen und Allianzen? Welche Chancen und Hindernisse ergeben sich aus der Störanfälligkeit globaler Lieferketten angesichts globaler Pandemien?

Kernpunkte der Diskussion:

Das derzeitige Muster der globalen Wertschöpfungsketten ist geprägt von Machtasymmetrien. Eine kleine Zahl von Lead-Firmen dominiert die Zuliefernetzwerke und zieht den größten Anteil der Wertschöpfung an sich, was sich in sehr geringen Profitmargen und in schlechten Arbeitsbedingungen im Globalen Süden niederschlägt.

Durch die Covid19-Pandemie werden die bekannten Machtasymmetrien verstärkt. Erhöhung der Ungleichheiten sind besonders im informellen Sektor, bei Frauen, bei Migrant:innen und kleineren Zulieferbetrieben erkennbar.

Mindestens zwei langfristige Unternehmensreaktionen sind aufgrund Covid19 zu erwarten: eine noch stärkere Verlagerung, um Kostenersparnis aufgrund des ökonomischen Drucks in Europa zu erzielen und eine begrenzte Rückverlagerung von wichtigen Produkten (Pharma).

Ökonomisches Upgrading (Übernahme von Funktionen mit höheren Profitmargen) in einem Land führt nicht automatisch zu sozialem Upgrading (Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen) der dort ansässigen Bevölkerung.

Durchsetzungsstrategien für soziales Upgrading sind industrielle Beziehungen im Globalen Süden selbst, globale Rahmenabkommen, länderübergreifende Kooperation bei Preisverhandlungen, Multistakeholder-Abkommen und ein Lieferkettengesetz in Deutschland und Europa.

Für ein soziales Upgrading braucht es starke, unabhängige, freie Gewerkschaften und einen Staat, der die Arbeitnehmer:inneninteressen stärkt und nicht als Anwalt der Investoren fungiert. (Rolle der Industriepolitik und des Finanzsystems nicht unterschätzen)

⁶ Präsentation auf www.renn-netzwerk.de/mitte

Konsequenzen für Gewerkschaftsstrategien (ITUC Asia Pacific):

- mehr internationale Zusammenarbeit, um den Globalen Süden mit Ressourcen für Hilfsmaßnahmen auszustatten
- den sozialen Dialog stärken, um ausbalancierte und umfassende Rettungspläne zu formulieren
- dafür kämpfen, den Gesundheitsschutz und soziale Absicherung für alle Beschäftigte auszuweiten
- gefährdete Beschäftigte organisieren, damit ihre Stimmen gehört werden

Es braucht verpflichtende, universale Mindeststandard über die ganze Lieferkette hinweg. Grundlage dieser Standards sollte ein menschenrechtlicher Ansatz und das Recht auf eine lebenswerte Umwelt sein.

Branchenfestlegungen mit finanzieller Beteiligung der starken Lead-Firmen könnten ein erster Schritt sein. Dort sollten dann auch ökologische Standards festgeschrieben werden.

Ziel ist es, Konzepte zu entwickeln und deren rechtliche Durchsetzung zu organisieren, um Verantwortung zu rekonstruieren, damit nicht nur die Profite bei den Lead-Firmen landen, während die Kosten an anderer Stelle entstehen und getragen werden müssen.

Es braucht Regulierung und Sanktionierung, um die Ernsthaftigkeit der Thematik zu unterstreichen. Orientierung kann die Korruptionsprävention in der Lieferkette liefern. Auch hier wurde zu Beginn argumentiert, dass eine Sicherstellung über alle Zulieferbetriebe hinweg unmöglich sei. Mit der Zeit haben sich aber Kontrollmechanismen herausgebildet.

Sozialökologische Transformation gelingt nur mit hohen Standards des Globalen Nordens.

Gemeinwohlökonomie mit Gemeinwohl-Bilanz als ganzheitliches Bewertungsverfahren leitet allein keine Systemtransformation ein und kann nur ein einzelner Baustein sein.

Die öffentliche Hand sollte ihren Einfluss als wichtige Beschafferin und Einkäuferin mehr nutzen und mit gutem Beispiel vorangehen (Signalwirkung).

Druck von internationalen Investoren und eine Integration von sozialen Bedingungen in ökologische Labels können weitere Hebel sein.

AG 3 – Kosten der Transformation, Ungleichheit, soziale Absicherung

Input: Jana Flemming, Friedrich-Schiller-Universität Jena/ WZB, (Dissertation zur Rolle von Gewerkschaften als Akteure sozial-ökologischer Transformation am Beispiel der IG Metall); Frederik Moch, Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie-, Dienstleistungspolitik; Tobias Pforte-von Randow, Deutscher Naturschutzring, Koordinator Politik & Gesellschaft.

Moderation: Pia Paust-Lassen, Berlin 21/ Forum neue Politik der Arbeit/ RENN.mitte

Protokoll: Franziska Schulz, RENNmitte

In der Arbeitsgruppe wurde diskutiert, wie sozialökologische Transformation sozial gerecht gestaltet werden kann. Wie kann vermieden werden, dass Ungleichheiten weiter zunehmen, indem die Kosten der Transformation bei denen abgeladen werden, die heute schon zu den „Verlierer*innen“ zählen – etwas durch Arbeitsplatzverlust, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung? Wie könnte eine sozialökologische Transformation dazu beitragen, bestehende Ungleichheiten abzubauen?

Jana Flemming⁷:

- Die gewerkschaftliche Perspektive ist in Debatten um sozial-ökologische Transformation bisher unterbelichtet, obwohl Gewerkschaften als kollektive Akteure sowohl eine hohe politische Wirksamkeit haben, als auch viele Anknüpfungspunkte: sozialer Ausgleich und gutes Leben (v.a. Lebensqualität, Lohn, Arbeitszeit).
- Das Transformations-Verständnis der Gewerkschaften ist eher eng und meist auf Strukturwandel begrenzt (Elektro- statt Verbrennungs-Motor). Technische Lösungen stehen im Vordergrund, Wachstum als ökonomisches Prinzip bleibt weitgehend unangetastet. Das Naturverständnis ist v.a. instrumentell (Ressourcen), auch wenn es ein Bewusstsein für Schäden durch industrielle Produktion gibt.
- Um die Gewerkschaften mitzunehmen, sollte die industrielle Produktion als wichtiger Teil der Kultur anerkannt werden und aus dieser Perspektive deren sozial-ökologisch verträgliche Gestaltung diskutiert werden. (Positive Tendenzen stärken statt moralischer Vorwürfe)
- Die Gewerkschaften können davon profitieren, stärker sozial-ökologische Aspekte des guten Lebens in ihre Politiken aufzunehmen. Dafür brauchen sie aber Zeit und Unterstützung von außen.

Frederik Moch:

- Der Strukturwandel muss stärker aus Richtung der Beschäftigten gedacht werden. Die Polarisierung in der Gesellschaft wächst, die Verteilung des Wohlstands ist sehr ungleich. Corona und Transformationsprozesse dürfen diese Trends nicht weiter verstärken.

⁷ Präsentationen von Jana Flemming und Frederik Moch: www.renn-netzwerk.de/mitte und www.fnpa.eu

- Mittel wie die EEG-Förderung oder die CO₂-Bepreisung haben in ihrer bisherigen Gestaltung regressive Verteilungswirkung und sind sozial ungerecht.

Anforderung an Transformation aus DGB-Sicht:

- ↳ Gute Arbeit, Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung.
 - ↳ Für eine faire Wohlstandsverteilung braucht es faire Löhne und gerechte Vermögensbesteuerung.
 - ↳ Die Kosten der Transformation und die Möglichkeiten der Teilhabe (Mobilität, Energie...) müssen gerecht verteilt werden, auch um die Akzeptanz zu erhöhen.
- ⇒ Wir brauchen einen starken Sozialstaat und ein neues Verhältnis von Markt und Staat: staatliche Investitionen zurückholen, Investitionslenkung durch die öffentliche Hand, z.B. über Transformationsfonds.
- Soziale und ökologische Fragen gehören untrennbar zusammen. Zielkonflikte müssen behandelt werden.

Tobias Pforte-von Randow:

- Wir können uns nicht weiter auf die jeweiligen Kernkompetenzen konzentrieren, sondern müssen neue Kompetenzen und eigene Visionen zu allen Bereichen aufbauen. Gewerkschaften müssen auch ökologische Ziele einfordern, Umweltverbände müssen auch „soziale Opfer“ verhindern und über das eigene Mandat hinausgehen. Das wird nicht konfliktfrei gehen.
- Nicht jede einzelne ökologische Maßnahme muss sozial-gerecht ausgewogen sein, es braucht eher grundsätzliche Aushandlung und Neudefinition für sozial-ökologisch-gerechtes „gutes Leben“.
- Stimmt Frederik Moch zu, dass ein neues Verhältnis von Staat zu Wirtschaft nötig ist. Hier müssen marktwirtschaftliche Instrumente, Anreizpolitik und Ordnungsrecht gut gewichtet werden.

Diskussion

Gerechtigkeit

Untere Einkommenschichten sind – doppelt ungleich – auch besonders von negativen Folgen von Klimawandel und Umweltzerstörung betroffen, das spielt Populisten in die Hände.

Gerechtigkeitsverständnisse sind verschieden, wir brauchen Gelegenheiten, gemeinsam zu diskutieren.

Abhängig von den vorhandenen Kapitalstrukturen (kulturelles Kapital vs. Wirtschaftliches Kapital) haben die verschiedenen Milieus auch unterschiedliche Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Vorbild kann der Austausch von BUND.jugend und IG-Metall-Jugend zu Gerechtigkeitsfragen sein (Klimagerechtigkeit, globale Gerechtigkeit vs. soziale Ungleichheiten, Recht auf Freizeit). Alle sind sich einig, dass sowohl inter-generative Gerechtigkeit auf alle Ebenen (regional/national, europäisch, international) als auch intra-generative Gerechtigkeit erreicht werden soll. Konkret werden aber Zielkonflikte auftreten.

Gewerkschaften fordern gerechte Arbeits- und Lebens-Bedingungen.

Nicht jede Einzelmaßnahme muss gerecht sein, aber die Gesamtheit der Maßnahmen schon.

Gemeinsame Positionen zum Verhältnis Staat – Markt / Wettbewerb

Die Umweltverbände haben intern keine homogene Position dazu. Es gibt aber eine zunehmende Offenheit für soziale, wirtschaftsdemokratische Fragen. Hier braucht es noch mehr Ressourcen, um eigene Positionierungen auszubauen.

Die soziale Marktwirtschaft muss (überhaupt wieder etabliert und) um eine ökologische Komponente erweitert werden.

Wettbewerb um Technologien und Qualität ist ein sinnvolles Instrument, aber in manchen Bereichen ist Wettbewerb kontraproduktiv (z.B. Netzinfrastruktur). Ausgeschlossen werden soll Verdrängungswettbewerb (Lohndumping, Umweltdumping).

Berücksichtigung Ökonomie / Wie erreichen wir eine neue Wirtschaftsdemokratie?

Gewerkschaften kommen weder im WBGU-Bericht⁸ noch bei Dennis L. Meadows („Die Grenzen des Wachstums“⁹) vor.

Analog zur Körper-Geist-Trennung der Aufklärung ist auch die Trennung von Sozialem und Ökologischen gesellschaftlich sehr tief verwurzelt. Diese Denkweisen gilt es grundsätzlich anzugehen.

Ökonomie und Wachstumszwang gehören auch essenziell zu Gewerkschaften (sie können keinen Abbau der Autoindustrie befürworten). Es ist ein langer Weg, das zu ändern.

Ökonomie soll in der sozial-ökologischen Transformation explizit erwähnt werden. Die Verteilung der Gewinne auf Kapital statt Einkommen ist sehr ungerecht, Natur wird kein eigener Wert zugeschrieben. (externe Kosten / „Das Ganze der Wirtschaft“ und „Das Ganze der Arbeit“)

Wir müssen die Systemfrage stellen. Hier gibt es verschiedene Geschwindigkeiten in der Beantwortung.

DGB setzt sich für die Abschaffung der Abgeltungssteuer ein (pro Vermögenssteuer).

Mögliche Instrumente für mehr Wirtschaftsdemokratie:

↳ Kartellpolitik

↳ Zivilgesellschaft als dritte Kraft mit in die Aufsichtsräte großer Unternehmen einbinden

↳ Wirtschaftswissen in Gesellschaft und Umweltverbänden stärken

Wirtschaftsdemokratie bedeutet noch mehr: Bevölkerung einbeziehen, welche Produkte, welche Wirtschaftsweise wollen wir?

Bisher war betriebliche Mitbestimmung das Mittel zur Veränderung, das reicht inzwischen nicht mehr (anonyme Konzerne...). Große Unternehmen nutzen „Transformation“ als Argument, funktionierende Betriebe abzuwickeln.

⁸ WBGU Hauptgutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, 2011: <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>

⁹ Dennis L. Meadows: „Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“, 1972 und Folgeberichte.

Wie bekommen wir eine relevante gesellschaftliche Unterstützung („Epochenklima“) zusammen? Was sind die nächsten Schritte, um die Transformation voranzutreiben?

Netzwerkpolitik in den Regionen muss personell gut ausgestattet werden, um Akteure ins Gespräch zu bringen und zu verbinden.

Soziale Sicherung ist essentiell, um den Leuten Angst zu nehmen und Bedingungen zu schaffen, damit sie positive Visionen entwickeln können (z.B. „grüne Arbeiter“, die „gute“ Produkte herstellen).

Hier kann auch Bildung für nachhaltige Entwicklung einen wichtigen Beitrag leisten.

Es gibt nicht nur ökologische, sondern auch gesellschaftliche Kipppunkte, an denen die Transformation Fahrt aufnimmt. Diese Wellen müssen wir nutzen (besser als nach dem Paris-Abkommen).

In vielen Wirtschaftszweigen gibt es schon Fortschritt, z.B. bei der Emissionsvermeidung, hier muss auch noch die soziale Frage mitgedacht werden.

Es ist viel Geld erforderlich zum Aufbau und Ausbau der erforderlichen Infrastruktur. Vieles ist während der neoliberalen Wirtschaftspolitik vernachlässigt worden.

Der Sozialsaat muss wieder ausgebaut werden.

Wir brauchen politische Mehrheiten und klare Kriterien, wie wir uns progressive Politik vorstellen. Ein wichtiger gemeinsamer Schritt von Gewerkschaften und Umweltbewegung kann die Positionierung zur Bundestagswahl sein.

Mögliche Forderungen wären:

- ↳ ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm (Gesundheitssektor, Transformation)
- ↳ ein staatlicher Transformationsfonds, mit dem der Staat als strategischer Investor, auch in die Privatwirtschaft kommt, gekoppelt an soziale und ökologische Standards

AG 4 – Zero-Waste-Produktion, Kreislaufwirtschaft, Reparatur-Konzepte

Input: Dr. Max Marwede, Fraunhofer IZM, Berlin; Andreas Buchwald, IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen; Johanna Sydow, Runder Tisch Reparatur

Moderation: Frank Becker, Wissenschaftsladen „kubus“ der TU Berlin.

Protokoll: Rekonstruktion aus Moderationsbord (Pia Paust-Lassen, RENNmitte und FNPA)

In der Arbeitsgruppe 4 drehte sich alles um Kreislaufwirtschaft: Zero-Waste, Null Abfall, ist vielen umweltbewussten Konsument*innen bekannt. Wir fragten: Welche Auswirkungen hat es auf Produktion, wenn statt von „Müll“ – also Reststoffen – von Ressourcen gesprochen wird? Welche Rolle spielen Reparatur-Strategien im Zusammenhang mit Werterhaltungskonzepten und Ressourceneinsparung und was hat das mit nachhaltigen und qualifizierten Arbeitsplätzen zu tun? Wer sind die Akteure und wo kann Zusammenarbeit initiiert oder verstärkt werden? Oder bedroht Ressourceneinsparung hochqualifizierte deutsche Arbeitsplätze?

Ideen: Vorstellung des Transformationszentrums „Tempelhofer Gelände und Gebäude“ (<https://transformation-haus-feld.de>). Menschen teilen ihr Wissen, Wissen wird weitergegeben, Reparatur*innen könnten ihr Wissen nach 1-2 Jahren an die nächsten Interessierten weitergeben. Menschen erfahren mehr Wertschätzung durch Arbeiten als Reparatur /in oder Landwirt*in.

Diskussion: Systemischer denken. Beispiel „Unverpackt-Laden“ (<https://original-unverpackt.de/>) – Die Initiativen bringen einen Bewusstseinswandel mit und regen ihn bei anderen an. Aber der politische Rahmen muss auch den Entwicklungen folgen.

Inwieweit kann das Wissen der Mitarbeiter*innen von Unternehmen genutzt werden? Welche Partizipationsprozesse könnten eingeführt werden? Ideenmanagement aufbauen: Reparaturfähigkeit über Vorschläge von Mitarbeiter*innen fördern. Gewerkschaften und Vertreter*innen in Ausbildungen: In der Ausbildung schon darauf vorbereiten, dass man nicht nur auf Profit geschult ist, sondern auch Umweltgebrauch und –verbrauch thematisieren. Internal activists: Mitgestaltung des Unternehmens von innen, mehr Transparenz, Beschwerdemechanismen und demokratische Strukturen gekoppelt mit Sicherheitsmechanismen, in denen sich Angestellte und Vorgesetzte gegenseitig kontrollieren können.

Was sagt die Gewerkschaft dazu? Beispiel: Waschmaschinenhersteller 1 ist interessiert daran, dass die Waschmaschinen schnell kaputt gehen¹⁰. WaMa-Hersteller 2 baut seine ein bisschen besser, wer behauptet sich in der Konkurrenz? Wie kann das gesteuert werden? Schulungen, Gesetze. Als Gewerkschaft versucht man, Initiativen zu stärken, wenn sie im Betrieb auf Interesse stoßen, ansonsten ist das eher begrenzt.

Reparatur-Konzepte ändern. „Recht“ auf Reparatur. / Bildungskonzepte zur Kreislaufwirtschaft und zu „Change makern“. Rohstoffwende bei der Energiewende mit denken. (Germanwatch)

Soziale Fragen der Transformation: Menschen, die sich um ihre Existenz Gedanken machen müssen, haben keine Zeit, sich mit anderen Problemen zu beschäftigen. Komplexität rausnehmen.

Next Steps: „Fair Phones¹¹“ als Diensthandys einführen (IG Metall)

¹⁰ Stichwort „Geplante Obsoleszenz“.

¹¹ <https://www.fairphone.com/de/>

AG 5: Mobilitätswende, Stadt – Region, Pendlerströme

Input: Dr. Lisa Ruhrort, Wissenschaftszentrum Berlin; Matthias Pippert, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft; Denis Petri, Changing Cities e.V. Berlin

Moderation: Ralf Elsässer, RENNmitte (CivixX – Werkstatt für Zivilgesellschaft, Leipzig)

Protokoll: Leon Huff, RENNmitte (Civixx)

In der Arbeitsgruppe wurden Konzepte zur Mobilitätswende diskutiert, die über die Umstellung auf E-Mobilität hinausgehen. Wie kann die öffentliche Infrastruktur in Stadt und Region so umgebaut werden, dass der motorisierte Individualverkehr an Bedeutung verliert und u.a. Pendler*innen attraktive Verkehrsmöglichkeiten finden?

Einführung Ralf Elsässer

Die Mobilitätspolitik des letzten Jahrhunderts war von **zwei zentralen Paradigmen** geprägt:

1. Entfernungen können immer leichter überbückt werden und spielen eine zunehmend untergeordnete Rolle.
2. Durch den privaten Pkw kann Erreichbarkeit weitgehend individuell gelöst werden; öffentliche Verkehrsmittel sind Ausweichmodell, nicht erste Wahl.

Beim Thema Mobilitätswende ist es wichtig, beide Paradigmen anzugehen – also die Frage des jeweiligen Verkehrsmittels, aber insbesondere auch die der zugrundeliegenden Mobilitätsbedarfe und -strukturen.

Dr. Lisa Ruhrort:

In urbanen Raum gibt es schon fortgeschrittene Vorstellungen davon, wie eine Mobilitätswende aussehen kann – das Forschungsprojekt am WZB richtet daher den Fokus auf den suburbanen und ländlichen Raum.

Der Begriff der Mobilitätswende bezeichnet die gezielte **Verlagerung und Vermeidung von Verkehr** (in Abgrenzung zur „Verkehrswende“, die oft auf Antriebsarten fokussiert). Im Rahmen der Klimaschutzziele muss der Anteil des motorisierten Individualverkehrs bis 2050 von über 75 auf rund 50 % gesenkt werden.

Damit muss dem Trend der letzten Jahre (zumindest bis Corona) zu immer mehr Verkehr entgegengewirkt werden, z. B. im Bereich des Pendelns.

Für eine gelingende Mobilitätswende können drei Thesen formuliert werden:

1. Der Knackpunkt der Mobilitätswende liegt in den Räumen jenseits der Großstadt, denn Alternativen zum Auto sind hier noch verhältnismäßig wenig verbreitet.
2. Auch im suburbanen Raum gibt es Potenziale für nachhaltige Mobilität, denn a) auch kurze Wege werden hier bislang oft mit dem Auto zurückgelegt und bieten Potenzial für alternative Lösungen und b) lange Wege sind meist Pendelwege, die sich z. B. durch mehr Homeoffice oder ländliche Coworking-Spaces reduzieren lassen.

3. Um diese Potenziale zu heben, muss auch im suburbanen und ländlichen Raum ein Wandel hin zu einer „**multioptionalen**“ **Mobilitätskultur** stattfinden. Hierzu gehört ein erweiterter Umweltverbund durch Sharing- und Mitfahrplattformen, Coworking-Spaces etc. Eine solche Optionsvielfalt schafft Verlässlichkeit, auch ohne privaten Pkw.

Diskussion zum Input

- Es wird betont, dass eine bloße Angebotsvielfalt des Umweltverbundes nicht ausreicht, sondern dass es insbesondere auch eine gute und zuverlässige Verknüpfung braucht: Dazu gehören z. B. sichere Fahrrad-Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen und ein ÖPNV-Angebot, das sich nicht nur am Best-Case-Szenario für eine Strecke orientiert, sondern absichernde Alternativen bietet.
- Gleichzeitig muss die „Pull“-Wirkung neuer Angebote durch „Push“-Maßnahmen ergänzt werden, also den Abbau von Privilegien für private Pkw, um ressourcenintensive Mobilität weniger attraktiv zu machen.
- Mit Blick auf Kooperationsmodelle von Privatfahrten und ÖPNV-Angeboten werden die legalen Hürden des Personenbeförderungsgesetzes problematisiert (insbesondere bzgl. Entgelt- und Versicherungsfragen). Hier liegt ein Entwurf zur Änderung vor, der aber ggf. nicht weit genug geht. Als bewährtes Modell wird auf das Rufbus-System verwiesen, das mitunter zu so großer Nachfrage führt, dass es in den Regelbetrieb übergeht.

Denis Petri¹²:

Mobilität ist die Erreichbarkeit von Gelegenheiten. Sie ist eine soziale und keine technische Frage. **Verkehr** ist die technische Realisierung von Mobilität. Form und Ausmaß sind abhängig von der Verteilung der Gelegenheiten im Raum und deren Verbindungen.

- Maßstab der Mobilitätspolitik war zu lange ein vermeintlicher „Standardarbeitnehmer“ mit privatem Pkw: Dies führt bei der Verteilung öffentlicher Flächen zu einem Missverhältnis zuungunsten nachhaltiger Mobilitätsformen.
- Für eine Mobilitätswende ist der Fokus auf Entfernungen bis zu zehn Kilometer ein guter Ansatzpunkt: Zwar hat dies nur eine begrenzte Wirkung hinsichtlich der zurückgelegten Gesamtstrecken, aber es schafft einen Wandel der **Mobilitätskultur**.
- Eine Möglichkeit für Städte, inspiriert vom Vorbild Barcelona, sind sogenannte „Superblocks“ ohne motorisierten Durchgangsverkehr: Erste Auswertungen legen nahe, dass dadurch der MIV insgesamt zurückgeht und die lokale Wirtschaft belebt wird. Für Berlin wurde das Konzept unter dem Titel „Kiezblock – Mehr Mobilität und Lebensqualität“ adaptiert. Projekte wie diese bieten auch die Möglichkeit zu Nachbarschafts-Beteiligungsprozessen, in denen Anliegen gehört werden, für die es sonst keine laute Lobby gibt.
- 7-Punkte-Plan „Berliner Straßen für alle“: 1. Flächengewinnung durch Parkplatz-Umwandlung, 2. Quartiere ohne Durchgangsverkehr, 3. stadtweite Regelgeschwindigkeit

¹² Präsentation: : www.renn-netzwerk.de/mitte und www.fnpa.eu

von 30 km/h, 4. flächendeckende Sharing-Angebote, 5. Leerfahrten durch Teilen von Fahrzeugen vermeiden, 6. motorisierten Güterverkehr vermindern, 7. Ende fossiler Verbrenner in der Stadt bis 2030.

Diskussion zum Input

- Es wird angeregt, die ÖPNV-Infrastruktur gezielt zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, also z. B. auch zur Warenauslieferung zu nutzen. Solche Ansätze erfahren bei Bevölkerung und Unternehmen gute Resonanz, bisher aber zu wenig politische Aufmerksamkeit.
- Als besonders wichtig wird der Aspekt der Partizipation gesehen. Bei offenen Versammlungen können Menschen Gemeinsamkeiten entdecken und Verständnis für andere Positionen und Bedürfnisse entwickeln. Außerdem stärken sie das Bewusstsein, dass der öffentliche Raum allen gehört und dass man sich in ihm wohlfühlen sollte.
- Die mangelhafte Verkehrsanbindung von Gewerbegebieten wird problematisiert: Hier müsste es z. B. bessere Abstimmungen mit Mobilitätsunternehmen geben, um den ÖPNV besser an Schichtzeiten anzupassen. Generelles Ziel sollte es auch sein, Wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes für Menschen möglich und attraktiv zu machen.
- Das Potenzial von Coworking-Spaces oder „Sattelitenbüros“ im ländlichen Raum wird nochmals bekräftigt. Diese können zudem Keimzellen einer lokalen „kleinen Urbanität“ sein, indem sie vor Ort eine Nachfrage für Versorgungsstrukturen schaffen.
- Der weitere Ausbau von Mobilitäts-Netzwerken (sowohl zwischen den Mobilitätsformen als auch in Form des Austausches mit der Bevölkerung) wird als zentraler Impuls des Workshops festgehalten.

AG 6: Strukturwandel, nachhaltige Regionalentwicklung und demokratische Teilhabe

Input: Dr. Johannes Staemmler, Inst. für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam; Christian Hoßbach, DGB Berlin-Brandenburg; Dagmar Schmidt, Lausitzer Perspektiven

Moderation: Peter Ligner, Brandenburg 21 e.V., RENN.mitte

Protokoll: Marion Piek, Brandenburg 21 e.V., RENNmitte (Pia Paust-Lassen, RENNmitte, FNPA)

In der Arbeitsgruppe wurden die Möglichkeiten einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Zuge von Kohleausstieg und Energiewende mit besonderem Blick auf die Strukturwandelregion Lausitz diskutiert. Wie kann der Strukturwandel zu Nachhaltigkeit und erneuerbaren Energien so gelingen, dass dabei die Menschen in den betroffenen Regionen genauso wie die Beschäftigten in den betroffenen Branchen mitentscheiden und den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Region aktiv mitgestalten können.

Anlass und Leitfragen

Kann die Lausitz ein Beispiel für die Konfliktlagen und Diskursräume der Zukunft sein, so auch für andere Branchen oder Regionen? Es geht jenseits der Diskussion um den Strukturwandel auch um Grundfragen, wie: Was macht gute Arbeit und ein gutes Leben aus, wie könnte eine lebenswerte Zukunft aussehen und wer soll in die Entscheidung um die Gestaltung der Entwicklung der Lausitz einbezogen werden? (Zur weiteren Information verwies Peter Ligner auf die jüngste Lausitzstudie „Nach der Kohle II“ von Prof. Klaus Dörre (2020¹³).

Dr. Johannes Staemmler: Das IASS unterstützt den Strukturwandel in der Lausitz mit seiner Begleit-forschung, von Staemmler ‚grundständige wie auch engagierte Transformationsforschung‘ genannt, und fragt u.a., wie der Prozess in Richtung nachhaltiger Entwicklung angestoßen werden kann. Nachdem die Kohlekommission den Strukturwandel beschlossen hatte¹⁴, steht nun seit 2020 die Aufgabe an, diesen Prozess breit aufgestellt anzuschieben: Im Anlaufen der Umsetzung des Strukturwandelprozesses wird nun weniger ‚die Lausitz‘ als Eins sichtbar, sondern stärker die Interessen der zwei Bundesländer Sachsen und Brandenburg, die den Prozess zwar auf Sichtweite zueinander, aber eigenständig organisieren werden.

In den letzten 2 Jahren ist mit der Zukunftswerkstatt der Prozess der Entwicklung einer Lausitzstrategie in Gang gekommen, an dem „Lausitzer Perspektiven“ sehr intensiv beteiligt war. Aber bei der wissenschaftlichen Begleitung zeigte sich, es fehlt eine Kernkomponente in

¹³ Klaus Dörre et al. (2020): [Nach der Kohle II - Rosa-Luxemburg-Stiftung](#)

¹⁴ Abschlussbericht der Kohlekommission:
https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/abschlussbericht_kommission_wachstum_strukturwandel_und_beschaeftigung_beschluss.pdf

diesem Prozess und das ist der Wille der Landesregierungen, diesen Beteiligungsprozess ernst zu nehmen.

Brandenburg hat inzwischen die seit Ende letzten Jahres vorliegende Entwicklungsstrategie zum Teil seines Lausitzprogramms gemacht. Dieses Lausitzprogramm sieht vor, dass die von den Landkreisen getragene Wirtschaftsregion Lausitz die Umsetzungsagentur sein wird. D.h. Bottum-up-Region trifft sich mit Bundes- und Landesplanung vor Ort – eine Herausforderung.

Sachsen hat sich die eigene Sächsische Agentur für Strukturentwicklung geschaffen, die zu Teilen auf ein Gutachten von PWC¹⁵ rekurriert.

Es gibt also 2 unterschiedliche Strategien, ähnliche Anforderungen zu bewältigen, also in den nächsten 18 Jahren nicht nur die Wirtschaftsstruktur in der Lausitz weiter zu entwickeln, sondern eine neue Form des Strukturwandels umzusetzen.

5 Hypothesen:

1. Der Strukturwandel, der in der Lausitz jetzt ansteht, ist nicht der gleiche, wie in den Nach-wendehahren. Damals gab es sehr hohe Erwartungen, jedoch hat es lange gedauert, Lausitz-eigene Entwicklungspfade zu entwickeln. Dies führt dazu, dass die Skepsis dem jetzigen Strukturwandel gegenüber höher ist, obwohl die Voraussetzungen günstiger sind, da es eine Wandel-erprobte Bevölkerung und Verwaltung gibt. Um die Akzeptanz und das Mittun der Bevölkerung muss geworben werden.

2. Der Strukturwandel ist eine Chance für eine umfassende soziale Aktivierung der Region für die Entwicklung der Lausitz als Ganze. Die Entwicklungsstrategie Lausitz ist vielleicht noch nicht der große Wurf für 18 Jahre Strukturwandel, jedoch sinnvoll, weil intersektoral angelegt durch Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kommunen.

3. Der Nachhaltigkeitsfokus ist kein Selbstläufer: Zum einen ist die Lausitz zwischen den Metropolen gelegen und hat anders als diese kein eignes Nachhaltigkeitsverständnis. Zum anderen hat die Bundesregierung 3 Strukturwandeloberziele formuliert, darunter nach Schaffung und Erhaltung von Industriearbeitsplätzen und der Diversifizierung der Wirtschaft erst an 3. Stelle die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele ohne dass diese Ziele miteinander verknüpft wären. Es muss also darauf hingewirkt werden, die Nachhaltige Entwicklung auf allen Entscheidungsebenen einzubeziehen. „Nachhaltige Regionalentwicklung“ muss verfolgt werden, statt „nur Strukturwandel“ gemanaged zu haben, um z.B. industrielle Großstrukturen aufzulegen.

¹⁵ www.PWC.de

4. Es wird im Strukturwandel nicht alles gelingen, obwohl Politik Erfolge kommunizieren muss. Fehlertoleranz erforderlich. Landesregierungen müssen auch wagen, zu investieren, manchmal klappt das, manchmal eben auch nicht. Bei der Planungsphase von 18 Jahren ist zu bedenken, dass viele Faktoren interdependent sind, wie der demografische Wandel oder die Corona-Pandemie, die grenzüberschreitende Kooperationen erschwert, was nicht vorherzusehen war.

5. Wissenschaft als Innovationstreiber beim Strukturwandel ist nicht selbstverständlich, da insbesondere angewandte Forschung gefordert ist und Diffusionsprozesse langwierig sind. Und Wissenschaft darf kritische Haltung nicht verlieren, dieses erfordert Abstand zur konkreten Praxis. In Sachsen sind zwei Großinvestitionen in Forschungsinstitutionen geplant, dieses Experiment soll mit 1.700 Beschäftigten zukünftig arbeiten. Derzeit laufen die Ausschreibungen dazu.

Christian Hoßbach: Grundverständnis der Gewerkschaften sei, Verständnis der Nachhaltigkeit gleichzeitig zu bearbeiten. DGB- Berlin-Brandenburg arbeitet zu 2 Fragen bzgl. Der Lausitz: Wie entwickelt sich die Lausitz, wie gelingt es die Dekarbonisierung sozial verträglich zu gestalten? Was ist mit der Wertschöpfung und Einkommensentwicklung in Berlin?

Transformation Nachwende (seit 1989) betraf die Dekarbonisierung in mehreren Wellen: u.a. CCS¹⁶ – Strategie als klimapolitische Lösungsstrategie. Kohlekommission, der vollständiger Name „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ enthält entscheidende Themen: wie kommen wir zu guter Beschäftigung? Bericht der K-Kommission wurde vor zwei Jahren vorgestellt, seit 2020 sind Gesetze dazu erlassen worden.

Eine solche Abwicklung einer großen Branche in der Lausitz und den anderen Kohleregionen erfordert, neue Perspektiven zu entwickeln. Das ist die einzige Struktur, die das Thema Sozialpartnerschaft hält. Und das 30 Jahre nach der Wende.

Das „STARK-Programm¹⁷“ fördert Projekte, die den Transformationsprozess zu einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftsstruktur in den Kohleregionen unterstützen. Hier müssten die Gewerkschaften über die Reviere hinweg eine begleitende Arbeit leisten, um Halte-Strukturen zu stärken und zu stützen. Faktor Zeit ist wichtig: Ausstiegspfad – Ende-Gelände-Forderungen nach Beschleunigung in diesem Lichte schwierig. In einem Transformationsprozess müssen Ressourcen bereitgestellt werden. Stimme der Gewerkschaft, der Arbeit muss wirksam mitreden können. Gewerkschaften bisher nur

¹⁶ Carbon Capture and Storage ([CCS](#)): Unterirdische Speicherung von CO₂.

¹⁷ Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten

bedingt beteiligt in den Prozessen. Gewerkschaften organisieren die Lausitzkonferenzen¹⁸ über die Lausitz hinweg seit fast 30 Jahren.

Zur Kooperation dieser Tagung mit u.a. der TU-Kooperationsstelle sei es doch wünschenswert, an der TU-Cottbus auch eine derartige Kooperationsstelle einrichten zu können.

Gewerkschaften seien auch Teil der Zivilgesellschaft, warum wird da immer unterschieden in „Gewerkschaften“ und „Zivilgesellschaft“? Letztlich reden wir über eine Gesellschaft, eine Demokratie. Segmentierung der Akteure sei nicht hilfreich.

Dagmar Schmidt: Wer wird einbezogen, wer wird gehört? Alle haben das Gefühl, dass sie nicht genügend einbezogen werden. Blick von „Lausitzer Perspektiven“, ist der der organisierten Zivilgesellschaft, die Engagierten arbeiten seit 2013 zusammen, 2016 wurde der Verein gegründet. Das „Neue“ sei der gemeinsame Blick der Akteure auf die Gestaltung des Strukturwandels.

Phase der Partizipation ist nach dem Ende der Zukunftswerkstätten zu einem gewissen Abschluss gekommen. Neue Formate sind erforderlich für alle, die sich engagieren wollen. Das ist der Start-punkt für die „Bürgerregion Lausitz“. Dieser gesellschaftliche Diskurs müsse bis in die Kommunen heruntergebrochen werden. Gemeinsam, transdisziplinär daran arbeiten, den Wandel zu gestalten Dafür sei keine Institution geeignet ausgestattet. Gefahr besteht in einer „Erstarrung in Bürokratie“. Man muss Geduld haben. Ihre Hoffnung ist, dass Institutionen, die sich neu bilden, die Zivilgesellschaft nicht vergessen, dabei denkt sie auch an die internationalen Strukturen mit Polen und Tschechien. D.h. revierübergreifende Diskurse müssten gestärkt werden.

Diskussion:

Diskursräume schaffen, verbindliche Strukturen aufbauen; Finanzierung sicherstellen für „Bürgerregion“. Kontroverse: „Bürgerregion“ sollte Teil des politischen Prozesses werden? Zunächst als „Übungsräume“ etablieren.

Nachhaltigkeitsziele und Indikatoren für Strukturförderung entwickeln, Defizit ist bislang, dass NE nicht als Pfad angelegt ist. „Energie-Region“ reicht nicht, es muss auch die soziale Nachhaltigkeit einbezogen werden. Als Indikatoren könnte die neue EU-Taxonomie¹⁹ als Grundlage dienen.

¹⁸ Letzte Konferenz 2020: <https://www.igmetall-bbs.de/aktuelles/meldung/fahrplan-fuer-strukturwandel-in-der-lausitz-jetzt-und-mit-uns/>

¹⁹ neue Taxonomie-Verordnung: Ratsdokument 14970/19 ADD 1 vom 17. Dezember 2019; das weltweit erste „grüne“ Klassifizierungssystem für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten (Taxonomie)